

Niederschrift

zur 36. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 14.02.2017	18:31-21:32 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Jens Hoffrichter,

Wolfgang Petenati als Vertreter für Rolf Hilke,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer bis 21:02 Uhr (TOP 8.2),

Kai Hamacher,

Matthias Rudolph als Vertreter für Thomas Fischer ab 21:02 Uhr,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,

Thomas Apitz,

Wolfgang Mulinski,

Bernd Saliter,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Erster Beigeordneter,

Christfried Tschape, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Sigrid Klüsener, Fachgruppe Finanzen,

Marcel Herzog, Fachgruppe Stadtplanung,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Christian Dippe, Stadtverordneter ab 20:12 Uhr,

Sigrid Daske, Behindertenbeirat,

Elke Neitsch, Behindertenbeirat,

Thomas Spitzer, Büro Hoffmann-Leichter,

Dirk Gellrich, DB Station&Service,
Uwe Stemmler, Märkische Oderzeitung,
Steffen Böttger,
Christian Engel,
sowie drei weitere Bürger.

Abwesend

CDU/FDP-Fraktion

Rolf Hilke,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:36 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind zehn stimmberechtigte Abgeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Fischer stellt den Antrag, einen Tagesordnungspunkt zum Thema „Geplante Wohnbebauung am **Altstädter Platz**“ zu ergänzen. Auf die Aussage von Herrn Tschepe, dass es dazu keine Sachstandsänderungen seit der letzten Sitzung gegeben hat, zieht Herr Fischer diesen Antrag zurück.

Herr Fischer stellt den Antrag, den aktuellen Sachstand und das weitere Verfahren bezüglich der Grundstücksangelegenheit „**Café Donde**“ in einem Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Diesem Antrag stimmen acht Abgeordnete zu. Der Tagesordnungspunkt „Aktueller Sachstand Café Donde“ wird als TOP 14 der Tagesordnung zugefügt.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift (entfällt)

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die Niederschrift noch nicht vorliegt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Herr Wende erinnert an die Verleihung des Preises für soziales Engagement an den **Boxclub** in der Ehrenfried-Jopp-Straße in dessen Räumlichkeiten. Er würde sich über eine rege Teilnahme der Stadtverordneten freuen.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es werden keine Informationen gegeben oder Anfragen gestellt.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Böttger stimmt der Tonaufzeichnung und der Veröffentlichung seines Namens zu.

Herr Böttger stellt Skulpturen her und einige sind auch im Stadtbild zu sehen (u.a. Stadtrabe am Tunnel, Amonit am Dom). Er regt die Errichtung eines **Skulpturenparks** hinter dem Dom (Domgarten) an, der das Areal beleben würde. Im Bürgerbudget 2015 und 2016 hatte er diesen Vorschlag bereits eingereicht und im letzten Jahr 50 Stimmen erhalten. An den aufgestellten Holzskulpturen ist bislang kein Vandalismus zu verzeichnen und eine gute Pflege führt zu einer langen Haltbarkeit.

Als Anschlag würde er eine Skulptur zu einem erschwinglichen Preis anbieten, dazu hat er eine Mappe mitgebracht. Herr Wende bittet, die Mappe in komprimierter Form allen Stadtverordneten zukommen zu lassen. Er bietet an, dies zu übernehmen. Herr Hoffrichter fragt, ob der **Standort** eine besondere Bedeutung hat. Herr Böttger findet, dass der Bereich prädestiniert dafür ist. Zum einen befindet sich bereits eine Skulptur am Ort und zum anderen wäre es eine optische Bereicherung im Viertel zum Bischofsschloss.

Herr Engel stimmt der Tonaufzeichnung und der Veröffentlichung seines Namens zu.

Herr Engel ist Anwohner am **Altstädter Platz** und hat sich bereits in vergangenen Sitzungen geäußert. In der letzten Sitzung gab es eine klare Meinungsäußerung der Abgeordneten gegen Viergeschossigkeit. Er möchte nochmal klarstellen, dass gegen die am 15.05.2014 beschlossene Errichtung von Einfamilienhäusern nichts einzuwenden ist. Ihm missfallen jedoch die Änderung der Dichte und Geschossigkeit der aktuellen Planung, auch im Vergleich zur im Juni 2016 vorgestellten Planung, der Zeitpunkt der Beteiligung um die Weihnachtsfeiertage sowie die Vermischung des Themas mit der Sanierung des Altstädter Platzes, da diese ohnehin auf die Anwohner umgelegt wird. Ein versprochener Dialog mit dem Investor hat noch nicht stattgefunden.

Der Straßenzug Altstadt–Berliner Straße ist rund um den Altstädter Platz sehr schmal. Die Einbahnstraße ist für den **Radverkehr** in Gegenrichtung freigegeben und wird auch von vielen Radfahrern genutzt. Deren Anzahl wird durch die absehbaren Entwicklungen in der Neuen Spreevorstadt noch zunehmen. Ihm ist kein Beschluss zu einer Viergeschossigkeit bekannt und sie sei auch nicht ortstypisch. Bei diesem Thema wünscht er sich eine stärkere Berücksichtigung der Bürgerwünsche.

Herr Tschepe führt aus, dass das jetzige Verfahren dem Einbringen der Vorbehalte dient. Um die eingebrachten **Argumente bewerten** zu können, müssen teilweise fachliche Gutachten eingeholt werden. Dies passiert im Auftrag der Stadt und nicht durch den Investor. So ist bspw. unabhängig von der baulichen Dichte und Ausprägung des Wohngebietes ein Verkehrsgutachten notwendig, um die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes bewerten zu können. Ein derartiges Gutachten nimmt gewisse Zeit in Anspruch (Auftragseinholung, Vergabe, Umsetzung).

Alle sachlichen Argumente und die Ergebnisse der Gutachten werden in den **Abwägungsprozess** einbezogen. Eine Viergeschossigkeit ist nicht festgesetzt, auch konkurrierende Interessen für benachbarte Grundstücke müssen ausgeglichen werden. Damit hängt bspw. auch die Sanierung des Altstädter Platzes zusammen. Städtische und unterschiedliche private Interessen müssen abgewogen werden. Das Verfahren ist aufwendig und zugunsten der Sorgfalt und Güte wird es kein schnelles Ergebnis geben.

Herr Wende regt an, dass eine gemeinsame Position des Ausschusses gefunden werden soll und erfragt dazu das **Meinungsbild** in den Fraktionen. Der einzige Beschluss ist veraltet und gehört aufgehoben, ansonsten gibt es keinen aktuellen Beschluss. Das abgestimmte Planverfahren hat Probleme ergeben, welche jetzt geprüft werden.

Herr Hemmerling versteht die Emotionen der Anwohner und sagt, dass der Ausschuss nur anhand der gesammelten Faktenlagen entscheiden kann. Ein Meinungsbild können die Fraktionen erst geben, wenn die **Ergebnisse der Abwägung** bekannt sind. Herr Zänker hält es nicht für sinnvoll, wenn die Fraktionen ohne ein konkretes Vorhaben diskutieren sollen.

Herr Wende merkt an, dass sein Vorstoß wohl derzeit nicht mehrheitsfähig ist.

Herr Fischer sieht eine immer gleiche Vorgehensweise der Verwaltung: Die Präsentation des Investors sah eine dreigeschossige Bebauung vor. Die Version mit vier Geschossen wurde **ohne vorherige Diskussion** im Ausschuss ausgelegt. Die Änderung hin zu vier Etagen ging sehr schnell und der Ausschuss hat diese klar abgelehnt. Herr Wende beklagt ebenso, dass die Änderung der Geschossigkeit geschah, ohne dass der Ausschuss vorher informiert wurde.

Herr Tschepe stellt fest, dass die Auswirkungen für die Umgebung in Gänze untersucht werden müssen, egal welche Bebauung entstehen soll. Die Untersuchungen sind notwendig und werden **ergebnisoffen** durchgeführt. Die einzige Vorgabe für das Gebiet ergibt sich aus dem 1997 beschlossenen Flächennutzungsplan, der für das Gelände Wohnbaufläche Typ II vorsieht.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Vorfahrt für Busse und Taxis am Bahnhof (Gäste: Hr. Gellrich, DB Station&Service; Hr. Spitzer (Sicherheitsauditor), Büro Hoffmann-Leichter)

Herr Wende führt einleitend aus, dass die vorgeschlagene Schranke einen **zeitweisen Lösungsversuch** für das Verkehrsproblem im Bahnhofsvorfeld darstellt.

Herr Tschepe verweist auf den Wunsch, dass die schwierige Situation mit Gästen diskutiert werden soll. Die örtliche Situation hat sich verfestigt und wird bestimmt von den limitierenden Faktoren:

- bestehendes Planungsrecht,
- Bindungsfristen der Fördergelder und
- geschlossene Verträge.

Um dieses Thema diskutieren zu können, wurden unmittelbar Betroffene angefragt. Herr Ansorge vom Busverkehr Oder-Spree (BOS) lässt sich entschuldigen, hat aber eine kurze Stellungnahme verfasst, die für die Abgeordneten im Ratsinformationssystem sichtbar ist. Darin nennt er die Situation am ZOB **generell unbefriedigend** und wünscht Verbesserungen. Die Errichtung einer Schranke lehnt er als nicht praktikabel ab. Erschienen sind Herr Gellrich von der Deutschen Bahn AG und Herr Spitzer, Sicherheitsauditor vom Büro Hoffmann-Leichter. Herr Spitzer hat die Situation noch nicht analysiert und soll das Meinungsbild des Ausschusses, Wünsche und Anforderungen erfahren.

Herr Gellrich ist Bewohner der Stadt Fürstenwalde und als ehemaliger Fürstenwalder Bahnhofsmanger bestens mit der schwierigen Situation vertraut. Als Beschäftigter der DB Station&Service GmbH, zuständig für den Regionalbereich Ost, stellt er fest, dass die Schranke wohl unberechtigte Parker vom DB-Gelände weghalten würde. Insgesamt überwiegen für ihn aber die Nachteile: Neben den Bussen wären die DB-Mitarbeiter, die Anwohner der zwei Mietshäuser mit acht Wohneinheiten und die Mieter der Stellplätze zugangsberechtigt. Probleme könnten für Besucher, Kurier, Lieferanten etc. bestehen. Damit die Schranke bei Bedarf durch Mitarbeiter und Bewohner geöffnet werden kann, wäre eine **technisch aufwendige Lösung** notwendig. Das Aufstellen von Einfahrverbotschildern hätte wohl keinen Effekt, da diese wahrscheinlich ignoriert würden. Er sagt, dass am 12.04.2013 eine ähnliche Problemlage bereits in der Verwaltung diskutiert wurde, aber von den Festlegungen wurde nichts umgesetzt. Er sagt seine Unterstützung bei der Lösungsfindung und Umsetzung zu.

Herr Spitzer arbeitet in einem Verkehrsplanungsbüro und erstellt dort Straßenentwürfe. Er hat eine Zusatzausbildung zum Sicherheitsauditor und untersucht als solcher Planungen auf ihre **Verkehrssicherheit**. Sein Wissen kann auch auf Bestandssituationen angewandt werden. Er hat bereits die Umgestaltung anderer Bahnhofsumfelder in Brandenburg begleitet. Im Jahr 2013 hat er im Ausschuss die Ergebnisse einer Analyse des äußeren Bahnhofsumfeldes vorgestellt und eine ähnliche Untersuchung ist jetzt angedacht. Da er den Auftrag erst erhalten hat, kann er noch keine Ergebnisse präsentieren und möchte erste Eindrücke sammeln.

Herr Wende betont die Dringlichkeit des Anliegens und würde ein schnelleres Vorgehen bevorzugen. So wurde eine Einfahrverbotsbeschilderung nicht geprüft, obwohl dies verabredet wurde. Die Lage am Bahnhof sei bescheiden, die Busfahrer beklagen seit langem ihre Situation. Zum Thema wurde im Dezember 2015 ein Workshop durchgeführt und Ergebnisse ausgearbeitet. Der eingebrachte Antrag soll als Versuch einer Veränderung angesehen werden. Herr Wende würde es bevorzugen, wenn die Verwaltung über dargestellte Probleme nachdenkt, Vorschläge untersucht und im Ausschuss die **beste Lösung** vorschlägt, damit dieser darüber debattieren und abstimmen kann. Hier vermisst er konkrete Ideen. Die Schranke könnte als temporäres Hilfsmittel dienen, die immer aggressiver auftretenden Autofahrer vom Vorplatz fernzuhalten. Er würde sich wünschen, wenn die Ergebnisse der 2013er Runde präsentiert würden.

Herr Hemmerling schließt sich der Kritik im Grundsatz an. Er sieht, dass die Schranke zu viele Nachteile mit sich bringt. Sein vorgeschlagenes Maßnahmenpaket aus Beschilderung, Markierung und nachfolgender Kontrolle könnte **kurzfristig** umgesetzt werden. Herr Wende meint, dass insgesamt mehrere Vorschläge im Raum stehen, welche in Teilen schon umgesetzt sein könnten:

- das benannte Maßnahmenpaket, für das die Schilder unlängst beantragt werden sollten,
- die Errichtung einer Schranke als Einfahrbeschränkung,
- die Aufhebung der Kurzzeit-Parkplätze in der Kurve und Wandlung in Halteplätze sowie
- die farbliche Kennzeichnung der Bushalteplätze.

Herr Fischer ergänzt den Vorschlag, die **Fußwege** auf der Fahrbahn zu kennzeichnen. Dies würde auch der Führung der Fußgänger dienen. Herr Gellrich befürchtet, dass die Busse vor den Zebrastreifen halten müssten, wodurch Verzögerungen im Fahrplan die Folge sein könnten. Dieses Argument hält Herr Fischer für schlüssig. Die BFZ-Fraktion wäre an den Hintergründen des Parkplatzpachtvertrages in der Mitte des ZOB interessiert. Herr Wende hätte auch Interesse daran, würde diesen Punkt momentan aber aussparen.

Herr Gellrich sagt, dass ein Ergebnis der 2013er Runde war, dass nur eine Beschilderung und anschließende Kontrolle hilfreich wären. Die Situation an den von Herrn Spitzer aufgeführten Bahnhöfen ist deutlich unproblematischer: Am Bahnhof Eisenhüttenstadt gibt es 1.600, in Fürstenberg unter 1.000 und in Prenzlau knapp 1.000 Ein- und Aussteiger am Tag. In Fürstenwalde liegt die Zahl bei 8.000. Er sieht in der Nachnutzung des Grundstücks der **KWU** einen möglichen Lösungsansatz.

Herr Henkel gibt zu bedenken, dass durch den Einsatz von Gelenkbussen auch die **Bushaltestellen** überprüft werden müssten.

Herr Hoffrichter weist auf die Idee des **Tausches** der Kurzzeit-Parkplätze mit den Taxi-Stellplätzen hin, ggf. verbunden mit Umgestaltungen. Er fragt, ob für mögliche Lösungen Flächen der Bahn verfügbar wären. Herr Gellrich sieht dort kurzfristig keine Möglichkeit und wenn, dann müssten die Flächen gekauft werden.

Herr Petenati betont, dass der **Pkw-Verkehr** so schnell wie möglich vom ZOB-Bereich verschwinden müsse, da die Pkw den Bussen den Weg versperren.

Herr Tschepe informiert, dass eine Zufahrtsbeschränkung durch Beschilderung bereits geprüft und **abgelehnt** wurde: Sowohl die Polizei als auch das Straßenverkehrsamt kamen zu dem Ergebnis, dass dies keine rechtssichere Beschilderung wäre, da der Zusatz „Anlieger frei“ weit zu interpretieren ist und sogar die Abholer einschließen würde. Die Markierung der Parkplätze stand kurz vor der Umsetzung, bis der BOS durch Einsatz von Gelenkbussen die Situation verändert hat.

Herr Wende meint, dass das Wort „Anlieger“ den Hol- und Bringverkehr nicht einschließt und wünscht sich einen zeitnahen Abbau der Parkbeschilderung. Die Markierungen sollten auf Größe der Gelenkbusse **angepasst** aufgebracht werden. Die Versprechung des Bürgermeisters aus der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung einer Beschilderung wurde nicht erfüllt.

Herr Benz sagt, dass es sich um eine „ewige Diskussion“ handelt. Das Grundproblem war 2013 der Wunsch der Taxifahrer nach mehr Sichtbarkeit. Aus seiner Sicht als Busfahrer meint er, dass es als **Glück** zu werten sei, dass noch nichts Schlimmeres passiert ist. Die derzeitige Organisation funktioniert nicht. Lösungen müssen schnell gefunden werden und die Schranke würde eine gewünschte Verkehrsberuhigung bewirken.

Herr Hamacher meint, dass möglicherweise eine andere Anordnung (**Anschrägung**) eine verbesserte Anfahrbarkeit durch die Gelenkbusse brächte. Er findet, dass die verfügbare Fläche insgesamt schlecht ausgenutzt wird.

Herr Fischer schlägt die teilweise **Verlagerung** der Bushaltestellen in den hinteren Bereich und der Fahrradstellplätze auf die Nordseite vor. Die frei werdenden Flächen könnten für Busse und Kurzzeit-Parkplätze verwendet werden. Herr Wende widerspricht und sagt, dass die Verkehrsmittel des Umweltverbundes die beste anzustrebende Lösung sind und daher prioritär verortet gehören.

Herr Hemmerling sieht ein Grundanliegen darin, die Verwaltung in die Pflicht zur Findung von Lösungen zu nehmen. Er erwartet einen **konkreten Vorschlag**. Das Aufstellen von Parkverbotsschildern könnte kurzfristig der Klarstellung dienen. Auch Herr Wende erbittet ein Angebot der Verwaltung.

Herr Gellrich meint, dass das Holen und Bringen ein Anliegen sei und daher alle Nutzer in die Kategorie „Anlieger frei“ fallen würden. Er regt an, **Sperrflächen** oder Zickzacklinien auf Flächen zu markieren, wo das Parken verboten ist. Die bestehenden Kurzzeit-Parkplätze in der Mittelstraße sind schlecht ausgeschildert und werden deshalb kaum genutzt. Hier gibt es Potenziale.

Herr Hamacher hat festgestellt, dass die Kurzzeit-Parkplätze auf der Nordseite häufig zugeparkt sind und bemängelt auch hier die **fehlende Kontrolle**.

Eine „perfekte“ Lösung wird es nicht geben können, wie Herr Tschepe betont, die Hoffnungen ruhen jetzt auf dem Spezialisten. Herr Spitzer wird als Ergebnis einen **Bericht** mit Maßnahmenvorschlägen, vornehmlich kurzfristiger Natur erstellen. Aufgrund des hohen Aufwandes können jedoch keine zeitnahen Ergebnisse erwartet werden.

Herr T. Apitz fragt, warum kein **Antrag auf ein Parkverbot** als Beschlussvorschlag gestellt wird. Herr Hemmerling bemerkt, dass nicht die Formulierung des Antrages sondern die rechtlichen Rahmenbedingungen das Problem darstellen. Hier hat die Verwaltung Maßnahmen vorzuschlagen. Herr Benz kritisiert, dass seit Jahren die Themen bekannt und Probleme benannt sind und bislang nichts passiert ist.

Auf Herrn T. Apitz Frage zur Zuständigkeit für den ruhenden Verkehr antwortet Herr Tschepe, dass das **Ordnungsamt** zuständig ist, zur Durchsetzung der Regeln sich aber von früh bis spät dort aufhalten müsste.

Herr Hoffrichter bemerkt, dass auch **langfristige Lösungen** gefunden werden müssen und verweist auf das KWU-Gelände. Möglicherweise könnten die Fahrradabstellplätze auf das Gelände versetzt werden, damit die Busse die Haltestellen in einem günstigeren Winkel anfahren können oder die generelle Verlagerung der Kurzzeit-Parkplätze auf die Nordseite durch eine dortige bessere Ausgestaltung.

Herr Wende würde folgendes Vorgehen verabreden:

- Die Verwaltung soll zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 23.02.2017 einen Bericht zur Umsetzung kurzfristiger Lösungsvarianten präsentieren. Ggf. könnte Herr Spitzer zuarbeiten.
- Weiterhin sollte ein Vororttermin mit den Entscheidern stattfinden.

Herr Fischer regt an, einen Prüfauftrag für die Beschilderung auszulösen und das Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung zu präsentieren.

Herr Hemmerling fragt Herrn Gellrich, ob es **Karenzwartezeiten** der RE-1-Züge gibt, wenn bspw. der Bus verspätet ist. Hier sagt Herr Gellrich, dass dies auf der stark frequentierten Strecke nicht möglich wäre, da auch an anderen Bahnhöfen Anschlüsse erreicht werden müssen. Beim RE 1 handelt es sich zudem um eine europaweite Fahrplanlage.

TOP 8.2 Einbringung des Haushaltsplanes 2017 einschließlich Finanzplanung 6/DS/436 für die Jahre 2017-2020

Herr Dr. Fehse gibt eine kurze Übersicht über die Ergebnis- und Finanzhaushalte von 2010 bis 2017. Es gibt im Haushalt 2017 einen **Überschuss** an Erträgen über die Aufwendungen, was die Grundbedingung für die Genehmigungsfreiheit des Haushaltes ist. Bis zum Jahr 2020 gehen die investiven Schlüsselzuweisungen auf null zurück. Im Gegensatz zu Fördermitteln, welche immer für konkrete Maßnahmen ausgegeben werden, sind die Schlüsselzuweisungen frei verwendbar. Der Anstieg der Einwohnerzahl bewirkt höhere Zuweisungen. Gleichzeitig steigt die Kreisumlage an.

Zusammengefasst sind im **Haushalt 2017** Ausgaben in Höhe von 8,225 Mio. Euro für investive Maßnahmen eingeplant. Die größten Posten sind Baumaßnahmen (6,045 Mio. Euro) sowie Grundstücksankäufe (1,352 Mio. Euro). Dem stehen Einnahmen in Höhe von 6,777 Mio. Euro gegenüber. Davon sind 3,494 Mio. Euro Fördermittelzuweisungen und 2,496 Mio. Euro für Grundstücksverkäufe.

Die Stadt nutzt verschiedene **Förderprogramme** wie Stadtumbau, Aktive Stadtzentren, Soziale Stadt. Als neues Programm steht der Stadt-Umland-Wettbewerb zur Verfügung. In 2017 soll die Sanierung des Jagdschlusses einschließlich der Freiflächen weitergehen. Bei der Sanierung der Aufbaus Schule tritt die Stadt zusammen mit Bund und Land als Fördermittelgeber auf. Auch die Fassadensanierung der Gerhard-Goßmann-Grundschule, die Schulerweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule sowie der Parkplatz an der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße (Tierpark) werden in diesem Jahr fortgesetzt. Das Wegeleit- und Informationssystem, die qualitative und quantitative Verbesserung der Ausstattung mit Fahrradständern in den Geschäftsstraßen und die Umgestaltung des Marktplatzes sowie die Sanierung der Stadtmauer und ein Zuschuss für den Anbau des Sozialtraktes an der Turnhalle am Pneumant-Sportforum stehen im Haushalt. Weiterhin sind diverse Straßenbauprojekte geplant, wovon der Ausbau der Lindenstraße mit 1,2 Mio. Euro den höchsten Anteil hat.

Herr Wende bemerkt, dass der doppische Haushalt die Chance der Diskussion über den Haushalt erschwert. Die Sicherung der liquiden Mittel für die Stadt wird ein zunehmend wichtiges Thema, insbesondere die Generierung von Mehreinnahmen und die Tilgung der Kredite.

Herr Wende fragt nach der beschlossenen Richtlinie zur Förderung der **Biodiversität** für Kleinstprojekte. Diese sollte erstellt und mit 15.000 Euro berücksichtigt werden. Er vermisst die Vorstellung der Richtlinie, die Benennung eines Ansprechpartners für die Bürger und einen derartigen Posten im Haushalt. Herr Tschepe informiert, dass dies im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsplanes passiert und ein Entwurf für die Richtlinie zeitnah vorgelegt wird. Herr Zänker schlägt einen Änderungsantrag zum Haushalt vor, der die Einstellung der Mittel vorsieht.

Herr Wende weist darauf hin, dass die **Agenda 21** und der dazugehörige Prozess fehlen.

Herr Wende beklagt, dass aufgrund des Zustandes, das **Innenstadtbüro** kein Ort mehr für bürgerschaftliches Engagement sei. Er vermisst Aussagen im Haushalt dazu. Herr Dr. Fehse sagt, dass das Innenstadtbüro komplett ausfinanziert ist.

Herr Wende bemerkt, dass die Umgestaltung des **Marktplatzes** bis 2019 dauern soll, wobei der Schwerpunkt am Ende liegt (2017: 50.000 Euro, 2018: 100.000 Euro, 2019: 200.000 Euro). Sollte sich die Maßnahme derart lang hinziehen, wäre es die dritte Stadtverordnetenversammlung, welche sich damit auseinandersetzt, da 2019 Wahljahr ist. Hierzu wird demnächst der Grundsatzbeschluss vorgelegt, wie Herr Tschepe mitteilt.

Erst für 2018 ist die **Radwegekonzeption** eingeplant, wie Herr Wende bemängelt. Schon 2017 könnten bspw. 50.000 Euro als Mittel für erste Maßnahmen eingeplant werden. Für das Radverkehrskonzept sind für 2017 20.000 Euro eingestellt, wie Herr Dr. Fehse informiert.

Auch das **Klimaschutzkonzept** soll demnächst beschlossen werden, es seien aber keine Gelder dafür eingeplant, bemängelt Herr Wende. Ebenso ist für das **Bahnhofsumfeld** kein Geld für kurzfristige Maßnahmen vorgesehen.

Beim Thema **Sandstraßen** gibt es die Grundsatzentscheidung, dass 100.000 Euro im Jahr dafür einzuplanen sind. Die Bürgerbeteiligung ist wichtig, aber in einigen Straßen ergeben sich aus anderen Gründen Notwendigkeiten des Ausbaus. Dort muss nicht zwingend die Zustimmung der Mehrheit der Anwohner vorliegen. Für einige Menschen untergräbt der jetzige Zustand die Chance auf Teilhabe am sozialen Leben. Herr Dr. Fehse verweist zu diesem Thema auf die Planungen für die Straße „Am Berghang“ (2018), für eine der Stichstraßen am Rauener Kirchweg und die Krausestraße (2019). Wenn die Stadtverordneten dahinter stehen, dann könnte die Verwaltung auch mehr leisten, notfalls auch gegen den Widerstand der Anlieger. Herr Tschepe ergänzt, dass sich wegen der Widerstände der Planungsvorlauf verlängert.

Herr Wende kritisiert, dass im Zuge des Programms **Soziale Stadt** 2017 nur die Sanierung der Jahnstraße vorgesehen ist. Hier könnten mehr Mittel aus dem Programm fließen, bspw. in ein Quartiersmanagement. Herr Dr. Fehse sagt, dass Mittel aus dem Programm auch anderen Projekten zugutekommen. Er benennt die Stadtteilzeitung (7.000 Euro), Zuweisungen an Private für kleinteilige Maßnahmen (10.000 Euro) sowie Honorare in Höhe von 10.000 Euro. Herr Tschepe ergänzt, dass auch die Fassadensanierung der Sigmund-Jähn-Grundschule aus dem Programm finanziert wird. Das für das Förderprogramm notwendige integrierte Entwicklungskonzept ist im Wesentlichen fertig. Die Installation eines externen Quartiersmanagements wird nicht als Lösung der Probleme angesehen, da bereits ein gutes Netzwerk existiert, welches eher gestärkt und verstetigt werden sollte.

Herr Wende fragt, ob für die vorgesehenen Projekte die **Personalausstattung** im Fachbereich ausreichend ist.

Herr Hemmerling vermisst den Punkt „Beleuchtung an der **Hegelstraße**“. Im November wurden ihm Materialschwierigkeiten als Grund für die Verzögerungen benannt. Herr Tschepe erläutert, dass der Abstimmungsprozess mit dem Land als Straßenbaulastträger länger gedauert hat, die Maßnahme wird nach dem Ende der Frostperiode aus Mitteln des letzten Jahres (Haushaltsrest) finanziert.

Herr Fischer hätte sich eine frühzeitige Diskussion über **Eckwerte** gewünscht, wie sie beschlossen und so auch im letzten Jahr durchgeführt wurde.

Er vermisst **detaillierte Daten** zu Grundstückskäufen und -verkäufen. Herr Dr. Fehse sagt, dass eine derartige Liste vorliegt. Diese könnte jedoch nur im nichtöffentlichen Teil vorgestellt werden.

Herr Fischer kritisiert die Auszahlung von **Mitteln an Dritte**. Insbesondere der verbilligte Verkauf von Grundstücken und Gebäuden bei gleichzeitiger Förderung von Baumaßnahmen durch die Stadt stellen für ihn eine unnötige Doppelförderung zugunsten der Schaffung von Privatvermögen dar. Herr Dr. Fehse verweist auf den durch das Förderprogramm zwingend vorgesehenen Anteil der Stadt.

Herr Fischer fehlt im Haushalt die Fortschreibung des **Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes** (EZK). Herr Tschepe sagt, dass die Fortschreibung in der Position Stadtplanung verortet ist, ebenso wie das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) und der Auftrag dazu inzwischen ausgelöst wurde. Herr Dr. Fehse beziffert die vorgesehenen Mittel auf 30.000 Euro für das EZK und 40.000 Euro für das INSEK.

Herr Fischer bemängelt, dass eingeplante Einnahmen durch Erschließungsbeiträge und ein vorgesehener Grundstückskauf den Ausbau der **Melanchthonstraße** suggerieren, obwohl hier noch Diskussionsbedarf besteht und kein Beschluss vorliegt. Herr Dr. Fehse stellt klar, dass die Maßnahme in diesem Jahr nicht stattfinden und aus dem Haushalt gestrichen wird.

Dass die **Krausestraße** erst 2019 ausgebaut werden soll, kritisiert Herr Fischer. Herr Tschepe sagt, dass die Anwohner nicht nur informiert, sondern auch beteiligt werden sollen. Durch die Realisierung 2019 haben die Anwohner einen ausreichenden Vorlauf, um das Geld für die Erschließungsbeiträge zu sparen. Grundsätzlich könnte die Umsetzung auch schon eher erfolgen.

Herr Fischer sagt, dass es auch für die westliche **Henry-Hall-Straße** bislang keinen Beschluss gibt. Herr Tschepe informiert, dass derzeit der Planungs- und Beteiligungsprozess läuft. Aktuell geht die Tendenz zur öffentlichen Straße. Der Grundsatz- und Ausführungsbeschluss müssen noch gefasst werden.

Herr Fischer kritisiert, dass die **Lindenstraße** nur im Osten ausgebaut wird, während die Gehwege besonders im westlichen Teil einen teilweise schlechten Zustand aufweisen.

Herr Fischer fragt, wie weit der Beschluss der Erstellung eines **Straßenkatasters** aufgeschoben wird. Er befürchtet, dass das Kataster einen großen Sanierungsstau zum Ergebnis haben wird.

Herr Hoffrichter schlägt die Einbringung der Punkte bei den Diskussionen in den Fraktionen vor. Herr Wende würde sich eine **zeitnahe Übermittlung** der Fragen und Antworten an alle wünschen.

Herr Fischer übergibt sein Mandat an Herrn Rudolph, da er sich gesundheitlich nicht gut fühlt.

Herr T. Apitz fragt, warum eine **Flutlichtanlage** für das Friesenstadion geplant sei, wo es doch bereits eine gibt. Herr Dr. Fehse sagt, dass auf dem vorgesehen Spielfeld wahrscheinlich noch keine existiert.

TOP 8.3 Benennung eines Weges in Fürstenwalde-Süd

6/DS/447

Herr Witte trägt anhand einer Präsentation den Hintergrund, das Verfahren und dessen Ergebnis zur Benennung eines Privatweges zwischen Gutswiesenweg und Feldweg vor. Die Eigentümer der anliegenden Grundstücke sind gemeinschaftlich Eigentümer des Weges und wurden im Zuge eines Anhörungsverfahrens an der Namensgebung beteiligt. Alle Rückmeldungen sprachen sich grundsätzlich für die eigenständige Benennung des Weges aus.

Die Grundstücke am Weg haben **Parzellennummern**, welche zum Feldweg zählen. Da sich größere Teile der Parzellennummern und der offiziellen Hausnummern am Feldweg doppelten, bestehen Probleme mit dem gezielten Auffinden einzelner Grundstücke, was die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gefährdet. Der am häufigsten geäußerte Namensvorschlag lautet Heckenweg. Dieser Name war eine Anregung der Stadtverwaltung und passt sowohl von der Namensstruktur gut in das Gebiet als auch von der örtlichen Wahrnehmung gut zu diesem Weg.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in Fürstenwalde-Süd gelegenen, in der Anlage gekennzeichneten Privatweg entsprechend des Mehrheitsvotums der Wegeigentümer in **Heckenweg** zu benennen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Bebauungsplan Nr. 58 "Gewerbegebiet Hegelstraße", 1. Änderung, 6/DS/446 hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Der Sachverhalt wurde im letzten Jahr ausführlich vorgetragen, wie Herr Tschepe sagt, sodass an dieser Stelle darauf verzichtet wird. Im Kern geht es darum, dass Gewerbegebiet „An der Staatsreserve“ vor Fehlentwicklungen zu bewahren.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 "Gewerbegebiet Hegelstraße" in der Fassung 02.02 2017 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass am 21.02.2017 um 18:30 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses eine **Bürgerinformationsveranstaltung** zum Ausbau der L 35 (August-Bebel-Straße) stattfinden wird. Es handelt sich um eine öffentliche Veranstaltung. Die unmittelbar Betroffenen wurden direkt angeschrieben.

Herr Tschepe bittet alle, die an einem **INSEK-Workshop** teilgenommen haben, um eine Rückmeldung über positive oder negative Eindrücke. Der Dialogprozess geht entsprechend der Ankündigung am 07.02.2017 mit dem Workshop weiter.

Die aus der letzten Tagesordnung verschobenen Punkte zum Straßenkataster und zum Gehweg in der Lindenstraße werden im nächsten Ausschuss am 21.03.2017 behandelt.

Das aktuell durchgeführte Gutachten zu den alten **Eichen am Goetheplatz** kam zum Ergebnis, dass beide vorerst stehen bleiben können, jedoch wurde eine Kronenpflege und -reduzierung um bis zu 30 % empfohlen.

Die wegen des fehlenden Gehwegs an der Hegelstraße angeregte Verschiebung der **Bushaltestelle** „Rotkehlchenweg“ Richtung Bernhardinum wird nicht empfohlen. Die Haltestelle dient primär der Erschließung der Vogelsiedlung und hier würde sich die Verlegung nachteilig auswirken. Daher wird empfohlen, die Haltestelle am jetzigen Standort zu belassen, auch weil für die Schüler und Schülerinnen die Haltestelle „Weinbergsgrund“ vorgesehen ist.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Rudolph möchte wissen, ob die in der Stadtverordnetenversammlung angesprochenen **Einwohnerversammlungen** denen im Rahmen des INSEK vorgesehenen entsprechen, was Herr Tschepe bestätigt. Die Organisation der Einwohnerversammlungen liegt beim Bürgermeister-Bereich und der Fachbereich Stadtentwicklung hat das Thema INSEK in die inhaltliche Ausgestaltung eingebracht.

Herr Henkel informiert, dass das Land, laut eines Zeitungsartikels, den Ausbau von **Ortsdurchfahrtsstraßen** unterstützt und fragt, ob die Stadt Fürstenwalde/Spree davon profitiert. Da das Land bereits den Ausbau der L 35 in Fürstenwalde durchführt, wurde die Stadt nicht berücksichtigt, wie Herr Tschepe sagt, jedoch wird der Ausbau der Petersdorfer Ortsdurchfahrt durch das Programm unterstützt.

Herr Hoffrichter befürchtet, dass die **Bäume** an der übergangsweise geplanten Zufahrt zum Lidl-Markt (von der Ferdinand-Bauer-Straße) nicht verkehrssicher sind und regt eine Prüfung an.

Herr Hoffrichter regt an, die Überfahrbereiche an den Ausfahrten am **Kreisel** an der Hangelsberger Chaussee zu pflastern.

Herr Wende informiert, dass Nutzer der **Tiefgarage** an der Alten Neuendorfer Straße durch das Parken auf der gegenüberliegenden Seite Schwierigkeiten beim Ausfahren haben. Hier stellt Herr Tschepe fest, dass die Parkregelung inzwischen geändert wurde und das Abstellen von Fahrzeugen gegenüber der Ausfahrt nicht mehr erlaubt sei. Die Verhinderung von Fehlbeparkung durch bauliche Maßnahmen wäre jedoch auch zum Nachteil der Ausfahrenden. An dieser Stelle wird regelmäßig durch das Ordnungsamt kontrolliert.

Herr Wende wünscht eine Information zum aktuellen Sachstand zur **Denkmalliste** im Allgemeinen und zum Umspannwerk Trebuser Straße im Speziellen. Herr Tschepe sagt, dass die Vorschläge an die zuständigen Behörden weitergegeben wurden und der aktuelle Sachstand abgefragt werden wird.

Auf Herrn Wendes Wunsch nach einer Begründung der Ablehnung der **Schutzstreifen** Langewahler Straße verweist Herr Tschepe auf die Informationen, welche im letzten Ausschuss gegeben wurden und im Infosystem verfügbar seien.

Herr Almes fragt, wer für die spreeseitigen Wege rund um das Hotel „Am Spreebogen“ für den **Wintertdienst** zuständig ist, worauf Herr Tschepe sagt, dass seines Wissens die Zuständigkeit beim Hotel verortet ist. Herr Almes stellt fest, dass dort, aber auch an GIP-Flächen nicht geräumt wird. Die

Altstadtbrücke wird durch die Anlieger freigehalten. Herr Wende bittet Herrn Almes, das Anliegen besser beim morgigen Hauptausschuss vorzutragen, da dieser für Ordnungsangelegenheiten zuständig ist.

Herr Hamacher fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Winderprobungsfeld. Herr Tschepe sagt, dass es keine Neuigkeiten gibt. Es wird ab 01.03.2017 eine erneute Beteiligung zum sachlichen Teilregionalplan **Windenergie** stattfinden. Eine Änderung zum vorherigen Entwurf besteht darin, dass die vorgesehene Fläche in die Windeignungsgebiete aufgenommen wurde. Den Beschluss des Planes durch die Regionalversammlung vorausgesetzt, wird es noch etwa ein Jahr dauern.

Herr Rudolph fragt, ob beim letzten **Solarpark** an der Steinhöfeler Chaussee ein Betreiberwechsel stattgefunden hat. Herr Tschepe bestätigt, dass der letzte Abschnitt von einem anderen Investor übernommen worden ist. Genauere Informationen können nur im nichtöffentlichen Teil gegeben werden.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet um 21:32 Uhr den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Stephan Wende

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer